

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Jahresbestellung 1,80 RM. Inzahlungsbetrag, Einzahlungsmittel 10 Pf. Wochenspenden für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit angenommen. — Rückzahlung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 20 Zeilen, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teile 1 RM. Mehrzeilige Reklamen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 durch Fernruf übermitteln. Jedes Reklamengeld wird durch die Redaktion des Tagesblattes eingezogen und über den Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 145 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Polsteher: Dresden 2640 Donnerstag, den 23. Juni 1932

Die Länderkonferenz in Berlin.

Noch keine Einigung.

Aber die Uniform- und SA-Verbote.

Die mit großer Spannung erwartete Konferenz der Länderminister mit dem Reichsinnenminister von Gahl wegen des Streites um Uniform- und SA-Verbot hat, wie angekündigt, am Mittwoch stattgefunden. Die Konferenz hat um 11 Uhr vormittags begonnen und dauerte ununterbrochen fünfeinhalb Stunden. Es waren die Vertreter sämtlicher Länder erschienen. Preußen war durch Minister Severing vertreten, Bayern durch den Innenminister Stübel, Württemberg durch seinen Staatspräsidenten Holz, Baden durch seinen Innenminister Maier, Thüringen durch Minister Kestner, Hessen durch Minister Lechner. Für Mecklenburg-Schwerin war Minister Schlesinger erschienen, für Mecklenburg-Strelitz, Minister von Michael, für Oldenburg Minister Höber, für Braunschweig Minister Klages, für Anhalt Minister Freyberg, für Lippe-Deimold Präsident Drake, für Schaumburg-Lippe Landesdirektor Lorenz. Im Mittelpunkt der Konferenz standen natürlich die Beschlüsse von Bayern und Baden, durch eigene Verordnungen das Uniformverbot aufrechtzuerhalten und die Wiedereinführung der SA-Formationen zu verhindern. Mit diesem Vorgehen war die Frage aufgeworfen, ob es im Sinne der Länder gegeben sei, die Polizeirechte liegen, daß sie damit Absichten und Pläne der Reichsregierung durchkreuzen.

Am Schluß der Konferenz wurde eine amtliche Mitteilung herausgegeben, aus der hervorgeht, daß es zu irgendwelchen Beschlüssen nicht gekommen ist. Eine Einigung ist also nicht erfolgt. Der Reichsinnenminister hat an die Länder nur die Bitte um eine einseitige Durchführung der Notverordnungen gerichtet und gewisse Maßnahmen in Aussicht gestellt. Daraus kann man schließen, daß die Reichsregierung abwarten will, bevor sie sich durch besondere Maßnahmen die Durchführung ihrer Verordnungen erzwingt.

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsministerium des Innern trat Mittwoch vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Freiherrn von Gahl, zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage um die Handhabung der Verordnung statt.

Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Landesvertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Polizei der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung

der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Zentrum fordert Aussprache über die Lage.

Antrag auf Einberufung des Überwachungsausschusses. Die bisherige Reichstagsfraktion des Zentrums trat zusammen, um vor den Reichstagswahlen eine Aussprache über die gesamtpolitische Lage herbeizuführen. Es wurde beschlossen, die baldigste

Einberufung des Überwachungsausschusses des Reichstages zu fordern. Die Fraktion hat daraufhin den Vorsitzenden dieses Ausschusses schriftlich aufgefordert, den Ausschuss einzuberufen und folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen: Stellungnahme zu der Notverordnung der Reichsregierung vom 14. Juni 1932. Vorstände an die Reichsregierung zur Sicherung der Wahlfreiheit.

Gleichzeitig beantragte die Fraktion, die für diese Fragen zuständigen Mitglieder der Reichsregierung zu den Verhandlungen des Ausschusses einzuladen.

Hitlers Abfrage an das Zentrum.

Die Widerstände des Zentrums in den süddeutschen Ländern gegen die Aufhebung des SA-Verbotes und die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Preußen haben Hitler veranlaßt, jede Zusammenarbeit mit dem Zentrum abzulehnen. Er veröffentlichte zu diesem Zweck einen Aufruf an seine Partei, in dem es heißt:

Mit dem blutigsten Terror des Nordgebirges der kommunistischen Verbotsbewegung verbindet sich ein fortgesetzter Rechts- und Verfassungsbruch des Zentrums und der Sozialdemokratie in den Ländern, in denen diese Parteien immer noch herrschen. In Preußen hat sich das Zentrum mit der SPD, durch eine Scheibung den Bestand der schwarzroten Herrschaft zu sichern versucht. In Bayern hat dasselbe Zentrum unter Zuhilfenahme eines falschen Landtagsprotokolls unsere gesamte Fraktion von der Ausübung der Vertretung der Interessen unserer Wähler ausgeschlossen. 1270 000 Menschen sind allein durch diesen Streich um ihre verfassungsmäßigen Rechte gebracht worden. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung muß ich es daher ablehnen,

irgendeinen Pakt zu schließen.

Lieber verzichten wir auf Minister, ehe wir unsere Ehre und unsere Grundsätze preisgeben. Das Zentrum glaubt heute noch nicht an den Sinn der letzten Wahlen und an die Mission unserer Bewegung. Wir werden ihm diesen Glauben noch im Monat Juli des Jahres 1932 beibringen.

Der Aufruf schließt mit einem Appell, bei den kommenden Wahlen alle Kräfte einzusetzen.

Genüge unzählige Sachverständige festgestellt. Wirtschaftliche Erwägungen können aber politische Fehler nicht abstellen. Die Wirtschaftler müssen schweigen in Lausanne. Nicht der „Gläubiger“ Frankreich, sondern der „politische Gegner“ Frankreich muß jetzt endlich seine unbegrenzten Machtgelüste aufgeben. Nicht um die Millionenzahlung geht es mehr, sondern um den politischen Hypothekenbrief, der zerrissen werden muß.

Hoovers Botschaft.

Bellabrüstung um ein Drittel.

Unter atemloser Stille verlas der amerikanische Botschafter Gibson in der Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz Hoovers Botschaft, die eine Abrüstung sämtlicher Rüstungen in der Welt mit Ausnahme der Rüstungen Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens um ein Drittel vorschlägt.

Ferner sollen sämtliche Tanks, die chemischen Kriegswaffen und die schwerbewegliche Artillerie abgeschafft werden. Sämtliche Staaten sollen eine Armee annehmen, die den Polizeinotwendigkeiten entspricht und im Verhältnis steht zu Deutschland im Versailleser Vertrag eingeräumten Streitkräften. Auf dem Gebiete der Militärluftfahrt sollen die Bombenflugzeuge ganz abgeschafft werden. Die Gesamttonnage der Linienfahrzeuge soll um ein Drittel, die der Flugzeugmutter-schiffe um ein Viertel herabgesetzt werden. Kein Staat soll mehr als 35 000 Tonnen Unterseeboote besitzen.

Keine große Aussprache über den Hoover-Vorschlag.

Der Führer der deutschen Abrüstungskonferenz, Adolph, erklärte, die deutsche Regierung habe mit größtem Interesse und besonderer Befriedigung von den Abrüstungsvorschlägen des Präsidenten Hoover Kenntnis genommen. Es könne nicht länger verheimlicht werden, daß die Konferenz im Begriff sei, zu verhandeln, so daß zweifellos die Befürchtung bestünde, sie werde niemals zu den entscheidenden Beschlüssen gelangen, die die gesamte Welt fordere. Je stärker die Herabsetzung der Rüstungen, um so leichter werde das Problem der Wiederherstellung der Gleichheit erreicht werden.

Der englische Außenminister Simon

erklärte im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz nach Verlesung des Hooverischen Abrüstungsplanes, die englische Regierung werde diesen mit größter Aufmerksamkeit und Sympathie prüfen. Die amerikanischen Vorschläge auf dem Gebiete der Militärluftfahrt müßten besonders eingehend geprüft werden, da in Europa die Möglichkeit eines Mißbrauchs der Zivilluftfahrt und insbesondere der großen Passagierflugzeuge zu militärischen Zwecken erwogen werden müsse. Vor allem müßten Angriffe von Bombenflugzeugen auf die Zivilbevölkerung unmöglich gemacht werden. Allein die Durchführung der Abrüstung hänge von der Übereinstimmung und der Erfolge von der Zusammenarbeit aller ab.

Der französische Kriegsminister Paul Doumer

lehnt den amerikanischen Vorschlag ab. Die Ziele, die die Abrüstungskonferenz erreichen könne, seien auf engste mit der Lösung der Sicherheitsfrage verbunden. Die französischen Sicherheitsvorschläge müßten von der Konferenz geprüft werden, wenn man eine Herabsetzung der Rüstungen erreichen wolle. Die französische Regierung nehme also den amerikanischen Vorschlag nur unter diesem grundsätzlichen Vorbehalt als Verhandlungsgrundlage an. Im Kellogg-Pakt fehlen die Sanktionsbestimmungen, die nunmehr geschaffen werden müssen.

Der italienische Außenminister Grandi gab zu dem Hoover-Vorschlag eine Erklärung ab, nach der die italienische Regierung uneingeschränkt den amerikanischen Plan in allen seinen Teilen bedingungslos und vollständig annimmt.

Auch der sowjetrussische Außenminister Litwinow begrüßte sodann den Vorschlag Hoovers, der in wesentlichen Punkten mit den sowjetrussischen Vorschlägen übereinstimme.

„Deutschlands Schicksal ist das Schicksal der Welt!“

Eine Erklärung von Papens vor dem Konflikt. Reichkanzler von Papen hat in Lausanne für internationale Tauschgesellschaften folgende Erklärung in deutscher, englischer und französischer Sprache abgegeben: In dem harten Ringen um Deutschlands Schicksal, das zugleich das Schicksal der ganzen Welt ist, weiß sich die deutsche Delegation in Lausanne eins mit dem geschlossenen und festen Willen des gesamten deutschen Volkes. Zu oft ist das Hoffen der Welterwartung enttäuscht worden. Zu oft sind die Entscheidungen vertagt worden. Diese Feindhoden haben

Die Abrüstungs-Botschaft Hoovers.

Die Reparationslüge.

Man ist nicht mit allzu großem Optimismus nach Lausanne zur Konferenz gegangen, hatte aber doch wohl angenommen, daß Frankreich eingesehen hat, daß es mit seiner Forderung weiterer Tributzahlungen nicht nur ganz Europa, sondern auch sich selbst den schlechtesten Dienst erweist. Daß es, wenn es auch auf Zahlungen verzichten würde, auf der Erhaltung der Hypothek auf Deutschland bestehen würde, das allerdings war klar, und darum, nahm man an, würde der Hauptkampf mit Deutschland gehen, das auf jeden Fall diese Fesseln abstreifen muß. Nun nimmt Herr Herriot wieder, wahrscheinlich aus Furcht vor dem heimischen Parlament, Rechenbrett und Rechenstift vor und rechnet sich noch eine Rest- und Abfindungssumme aus. Mit dieser finanziellen und rechnerischen Handhabung der Reparationsfrage muß nun aber einmal Schluss gemacht werden. Wenn einer der deutschen Gläubiger anfängt, sich wieder eine Extrawurst braten zu lassen, so kommen, das wissen wir aus Erfahrung, die anderen mit „bevorrechtigten“ Forderungen hinterher, und schon hört man wieder etwas von belgischen Markforderungen, südafrikanischen Ersparnisprüchen usw. Technische Verhandlungen aber kann es nicht mehr geben, bei denen die kleinen und großen Gläubiger ihre Forderungen abdierten und präsentieren. Dazu drängt die Zeit und die Not der Welt zu sehr. Die Reparationszahlungen müssen als das,

was sie am Anfang waren, behandelt werden, als eine rein politische Sache. Das wirtschaftliche Mantelchen, das man in Versailles den Forderungen umgehängt hatte, muß endlich restlos fallen, und die Reparationen als das zur Verhandlung gestellt werden, was sie wirklich sind: als politische Tribute und nicht als wirtschaftliche Wiedergutmachungen oder Schuldenübernahmen.

Wenn nach früheren Kriegen und selbst nach 1871 den Unterlegenen Tribute auferlegt wurden, so machte man keinen Hehl daraus, daß man diese als Kriegsbeute betrachtete. Sie hatten als solche Hand und Fuß und konnten auf Eisenbahnwagen den Siegern zugeführt und in barem Gold im Juliusturm verkauft werden. In Versailles aber begann ein aberwitziges Jonglieren mit Zahlen, und die astronomischen Bismars, die dabei für die Tributleistungen Deutschlands herauskamen, zeigten deutlich, daß es Frankreich nicht darauf ankam, seinen Juliusturm mit Gold zu füllen als Siegespreis, sondern daß hier Reiten geschmiedet wurden, an denen Frankreich Deutschland auf ewig gängeln wollte. Politische Fesseln also sind in der Hauptsache die Reparationslasten und nicht irgendeine wirtschaftlich begründete Entschädigungssumme. Allen Versuchen, die jetzt wieder gemacht werden sollen, diesen ursprünglichen Charakter zu verschleiern, muß mit aller Energie entgegengetreten werden. Daß die wirtschaftliche Übermalung des politischen Faktors unendlichen Schaden angerichtet hat, das haben nun zur